

Stellungnahme der WV Stahl

## **zur Konsultation zum Entwurf des überarbeiteten Rahmens für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation („FuEul-Rahmen“)**

### **Allgemein**

In dem FuEul-Rahmen werden die Voraussetzungen festgelegt, unter denen staatliche Beihilfen für einschlägige Tätigkeiten als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden können.

Der FuEul-Rahmen soll Tätigkeiten in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation fördern, die aufgrund von Marktversagen ohne öffentliche Unterstützung nicht durchgeführt würden. Er bietet den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen Anreize für Unternehmen und die Forschungsgemeinschaft zu schaffen, die für die Durchführung dieser wichtigen Tätigkeiten und Investitionen erforderlich sind.

Es sind einige gezielte Anpassungen erforderlich, um den jüngsten politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl begrüßt die Anpassung des FuEul-Rahmens an die neuen strategischen Prioritäten der Europäischen Union, etwa des europäischen Green Deals und der EU-Digitalstrategie.

Diese Anpassung sollte jedoch auch berücksichtigen, dass neben dem Einsatz der Europäischen Kommission für die innereuropäische Reglementierung von staatlichen Förderungen, sie sich gleichwohl auch für Beihilfenkontrolle in Drittländern einsetzt. Die europäische Industrie wird im weltweiten Wettbewerb durch eine oftmals uneingeschränkte staatliche Förderung in Drittländern benachteiligt, da sie sich selbst den strengen Regeln der Beihilfenkontrolle unterwirft.

Der Entwurf lässt leider die Einführung von Reallaboren vermissen. Die Förderung von FuEul-Vorhaben bedarf einer punktgenauen Regulierung, damit die Förderung von innovativen Vorhaben nicht durch einen allgemeinen beihilferechtlichen Rahmen unterbunden wird. Vor dem Hintergrund scheint ein Beihilferahmen in dem Muster der Reallabore, mithin auch sog. Regulatory Sandboxes, sachgerecht. Reallabore ermöglichen in einer realen Umgebung das Testen von innovativen Technologien, Produkten, Dienstleistungen oder Ansätzen. Der Zweck von Reallaboren ist es, etwas über die Chancen und Risiken einer bestimmten Innovation zu erfahren und das richtige regulatorische Umfeld für diese zu entwickeln.

Reallabore zielen hierbei nicht darauf ab, Sicherheits- und Schutzstandards zu deregulieren oder zu reduzieren, sondern ermöglichen in Bereichen, in denen Rechtsunsicherheit herrscht

und für die erst noch eine sinnvolle Gesetzgebung geschaffen werden müsste, diese zu entwickeln. Sie ermöglichen auch im Zeitalter der digitalen Transformation bestehende Regeln auf den Prüfstand stellen. Reallabore können dabei helfen, einen geeigneten Rechtsrahmen zu entwickeln, ohne dabei auf sinnvolle und notwendige Standards zu verzichten. Der Rat hat mit seinen Schlussfolgerungen vom 16.11.2020 festgestellt, dass Reallabore geeignete Instrumente für einen innovationsfreundlichen, zukunftssicheren und widerstandsfähigen Rechtsrahmen sind.

Gleichsam ist es für einen effizienten und zeitgemäßen Rechtsrahmen und zur Setzung von Anreizen zur Förderung von Innovationen erforderlich, die Schwellenwerte der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO), im Rahmen derer eine Förderung freigestellt ist, anzuheben. Hierbei sollte eine Anhebung auf mindestens 50 Mio. EUR für Grundlagenforschung, auf mindestens 25 Mio. EUR für die industrielle Forschung und auf mindestens 20 Mio. EUR für die experimentelle Entwicklung erfolgen. Zudem sollte für die Entwicklung neuer klimaneutraler Technologien eine ergänzende Erhöhungsmöglichkeit eingeführt werden.

Der Entwurf sieht wesentliche Veränderungen in den Definitionen von Technologien und Innovationen vor. Vor der Einführung eines neuen Rechtsrahmens muss sichergestellt werden, dass hier eine Kohärenz mit anderen beihilferechtlichen Regelungen sowie Förderprogrammen gegeben ist sowie hier Rechtsklarheit der Anwendungsbereiche besteht. Insbesondere muss dies beachtet werden, soweit Regelungen über die Zusammenarbeit ebenfalls überarbeitet werden, wie etwa der Mitteilung der Kommission – Leitlinien zur Anwendbarkeit von Artikel 101 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Vereinbarungen über horizontale Zusammenarbeit oder F&E GVO.

Ferner müssen vor dem Hintergrund der Vorgaben der europäischen Klimaziele des Green Deals Beihilfeverfahren im Zusammenhang mit der Erreichung dieser Ziele zügig und bevorzugt durchgeführt werden. Durch eine Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens würden durch Rechtssicherheit über die Bestandskraft von Beihilfe Anreize gesetzt werden und die Markteinführungszeit von Forschungs- und Innovationsprojekten und die Umsetzung der Klimaziele unmittelbar beschleunigt. Eine derartige Beschleunigung lässt der Entwurf vermissen.

## **Formulierungsvorschläge / Anpassungsvorschläge**

Im Einzelnen möchte die Wirtschaftsvereinigung Stahl die folgenden Anpassungen (kursiv und gelb hervorgehoben) des Entwurfs vorschlagen:

### 1. Einleitung/ Introduction

a) In der Einleitung („Introduction“) unter Ziffer 6, Seite 3 schlagen wir vor, den Begriff „hydrogen“ durch „technologies for low-carbon-industries“ zu ersetzen. Dies ist erforderlich, damit insbesondere auch SCU (Smart Carbon Usage), CDA (Carbon Direct Avoidance) / CE (Circular Economy) und CCS (Carbon Capture and Storage) einbezogen werden.

### **Introduction, Ziffer 6, Seite 3:**

“(…) The Communication aims at increasing the efficiency, excellence and impact of Europe’s R&I system and supports innovation-based competitiveness. Fostering technological

sovereignty in key strategic areas 8 (e.g. Artificial Intelligence and data, microelectronics, quantum computing, 5G, batteries, renewable energy, **technologies for low-carbon-industries**, zero-emission and smart mobility, etc.) is also (...)."

b) Grundsätzlich ist die Stahlindustrie für Wettbewerb und offene Märkte. Gleichzeitig stellen wir uns entschieden gegen jegliche Form des Protektionismus. Die EU sollte sich auch in dem hiesigen Entwurf für einen freien und fairen Weltstahlhandel, unter dem Dach der WTO als Maßgabe, einsetzen. Vor diesem Hintergrund schlagen wir die folgenden Ergänzungen in

**Introduction, Ziffer 9, Seite 3** vor:

"The New Industrial Strategy for Europe sets out that Europe needs industrial policy based on **fair** competition, open **and rule-based** markets, world-leading research and technologies and a strong single market which brings down barriers and cuts red tape. Europe "must resist the simplistic temptations that come with protectionism or market distortions, while not being naïve in the face of unfair competition **and apply WTO-compliant trade defence instruments appropriately**. It acknowledges that, stepping up investment in research, innovation, deployment and up-to-date infrastructure will help develop new production processes **and thus to support a carbon-neutral economy** and create jobs in the process."

## 2. Definitions / Definitionen

Um eine kohlenstoffneutrale Produktion zu erreichen, ist für die experimentelle Entwicklung ein viel breiterer Rahmen als bisher notwendig. Vor diesem Hintergrund schlagen wir unter

**1.3. Definitions, Ziffer 17, Buchstabe k), Seite 7**, folgende Änderung vor:

"Experimental development means acquiring, combining, shaping and using existing scientific, technological, business and other relevant knowledge and skills with the aim of developing new or improved products, processes or services, including new or improved digital products, processes or services, in any area, industry or sector<sup>17</sup>. This may also include, for example, activities aiming at the conceptual definition, planning and documentation of new products, processes or services. Experimental development may comprise prototyping, demonstrating piloting, testing and validation of new or improved products, processes or services that are not substantially set. This may include the development of a commercially usable prototype or pilot which is necessarily the final commercial product and which is too expensive to produce for it to be used only for demonstration and validation purposes. Experimental development **(demonstration projects)** ~~does not~~ **can** include routine or periodic changes made to existing products, production lines, manufacturing processes, services and other operations in progress, in particular if those changes may represent improvements;"

## 3. Additional conditions for individual aid / Zusätzliche Bedingungen für Einzelbeihilfen

a) Um die Transformation zu CO<sub>2</sub>-armen Produktionsprozessen zu ermöglichen, muss sichergestellt werden, dass eine rechtssichere Kombination von verschiedenen Förderprogrammen, wie etwa des Innovationsfonds des Emissionshandelssystems („EU-Innovationsfonds“), mit denen der IPCEI, möglich ist. Vor diesem Hintergrund schlagen wir unter

### 3.2.3.2 Additional conditions for individual aid, Ziffer 93, Seite 27 folgende Ergänzung vor:

“As a general rule, and in order to establish whether the aid is proportional, the Commission will verify that its amount does not exceed the minimum necessary for the aided project to be sufficiently profitable, for example by making possible to achieve an IRR corresponding to the sector or firm specific benchmark or hurdle rate. Normal rates of return required by the beneficiary in other R&D&I projects, its cost of capital as a whole or returns commonly observed in the industry concerned may also be used for this purpose. All relevant expected costs and benefits must be considered over the lifetime of the project, including the costs and revenues stemming from the results of R&D&I activities. *In this context it will be confirmed that the special framework for IPCEI plays an important role in reaching a carbon-neutral industry. Alle companies using IPCEI are allowed to combine unrestricted IPCEI together with all other funding instruments as for example the Innovation Fund.*“

b) Die Grundlagenforschung unterstützt den Übergang zu einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft nicht hinreichend, weswegen, auch die Anwendungsforschung eine Beihilfenintensität von 100 % benötigt. Vor diesem Hintergrund schlagen wir unter

### 3.2.3.2 Additional conditions for individual aid, Ziffer 95, Seite 28, folgende Änderung vor:

“Where aid is awarded for R&D projects or for the construction or upgrade of research infrastructures or for the construction or upgrade of technology infrastructures and the Commission can establish, on the basis of the methodology laid down in points 94 or 95, *that the aid intensity has to be adapted according to the following percentage rates in the above table:*“

	Small enterprise	Medium-sized enterprise	Large enterprise
Aid for R&D projects			
Fundamental research	100 %	100 %	100 %
<i>Applied research</i>	<i>100 %</i>	<i>100 %</i>	<i>100 %</i>

## 4. Anhang 2 / Annex II

Zur Erreichung der Klimaziele des Green Deals ist eine Förderung von Projekten zur Umsetzung der Transformation der energieintensiven Industrien erforderlich. Anhang 2 legt Beihilfeintensitäten für F&E Projekte fest. Hier sollte eine Ergänzung vorgenommen werden, wonach für industrielle Forschung und experimentelle Entwicklung „Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-arme oder CO<sub>2</sub>-neutrale Produktion energieintensiver Unternehmen“ unabhängig von der Unternehmensgröße eine Beihilfehöchstintensität von 100 % gilt. Wir schlagen daher eine Ergänzung des

**Anhangs 2 / Annex II** wie folgt vor:

*“State aid for Industrial Research and Experimental Development (demonstration projects) for the conversion to low-carbon or carbon-neutral production. In the context of industrial research*

*and experimental development (demonstration projects) should CAPEX and OPEX considered as eligible costs and considered in the calculation of the aid intensity.*

" with a maximum aid intensity of 100 % regardless of the size of the company.